

Wie(n) weiter nach der Wahl?

Nach der Wahl ist vor der Wahl: Es braucht eine neue Arbeiter*innen-Partei. Die neue Regierung wird trotz sozialer Rhetorik der SPÖ im Wahlkampf die Krise aus uns abwälzen, ganz wie "der Bund". Um das zu ändern, braucht es Bewegungen und Proteste von unten. Linke Mandate können genutzt werden, um diese Bewegungen aufzubauen, sie aber nicht ersetzen.

Seite 2

Belgien: Gesundheitsprotest

Am 13.9. nahmen in Brüssel mehr als 7000 an einem Protest teil, der vom Aktivist*innen-Netzwerk "La Santé en lutte" (Gesundheit im Kampf) initiiert wurde. Es ging um die Arbeitsbedingungen im Gesundheitsbereich, die sich unter der Pandemie verschlechtert hatten. Aktivist*innen der belgischen Schwesterorganisation der SLP, SP/PSL, waren vorne dabei.

Seite 12

Schwerpunkt

70 Jahre nach dem Oktoberstreik braucht es den Bruch mit der Sozialpartnerschaft. Deren brutale Durchsetzung durch SPÖ & ÖGB schwächte die Arbeiter*innen-Bewegung langfristig.

Seiten 7-10



VORWÄRTS SLP)

Sozialistische LinksPartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die sozialistische Zeitung seit 1983 Nr. 289 | 10/11.20

Gewalt gegen Frauen hat System

Lies weiter, denn dieses Thema betrifft uns alle: Wir sind selbst betroffen, haben eine Kollegin, eine Schwester, eine Freundin, die ein blaues Auge überschminkt, Flecken auf den Armen auch bei Hitze mit langen Ärmeln verdeckt oder zusammenzuckt, wenn jemand laut wird. Hin und wieder „schafft“ es ein Fall in die Medien, meist erst wenn eine Frau tot ist. Fakt ist, dass mindestens 1 von 5 Frauen betroffen ist. Fakt ist auch, dass kaum was dagegen getan wird.

Jetzt könnte man den-

gewalttätig ist? Weil es zu wenig leistungsfähigen Wohnraum gibt und weil die Einkommen der meisten zu niedrig sind, um zwei Haushalte finanzieren zu können. Viele Frauen bekommen nur Teilzeitjobs, es fehlt an Kinderbetreuung und an Vermögen sowieso. Wer finanziell abhängig ist, kann sich oft nicht trennen. Und dann ist da noch die Frage, warum zuckt der Typ aus? Weil er selbst ein Gewaltopfer ist? Weil er den Druck im Job nicht aushält? Weil das ganze Leben Sch*** ist? All das ist garantiert keine



Am 25.11. ist der internationale Tag gegen Gewalt an Frauen. Das geht uns alle an!

ken, naja was kann man denn schon tun, wenn einer auszickt. Aber so simpel ist die Sache nicht. Warum müssen so viele Frauen in einer Beziehung bzw. „Wohngemeinschaft“ bleiben mit einem Mann, der

Ausrede – aber eine Erklärung. D.h. auch hier wäre es notwendig, zu unterstützen, Druck raus zu nehmen und Perspektive zu geben. Doch weder Hilfe für die eine, noch für die andere Seite ist groß ein

Thema für die herrschende Politik.

Gewalt gegen Frauen (mehr auf S. 14) ist tief verwurzelt im (kapitalistischen) System, das die „traditionelle“ Familie ebenso braucht wie die unbezahlte Arbeit von Frauen in Haushalt und Familie. Darum bleiben die Maßnahmen der Herrschenden auch bestenfalls an der Oberfläche. Während Milliarden

zur Stützung der Profite ausgegeben werden, stehen weiterhin Wohnungen aus Spekulationsgründen leer, die dringend benötigt werden. Gerade Frauen sind die ersten, die den Job verlieren und sie sind auch 2021 noch schlecht(er) bezahlt. Aufklärung ist gut, aber ein finanziell unabhängiges Leben ist besser. Doch das muss erkämpft werden!

Sonja Grusch

Die SLP fordert:

- Gewalt gegen Frauen muss Gewerkschafts-thema werden. Für eine Aufklärungskampagne in allen Gewerkschaftsmedien.
- Leistbarer Wohnraum für alle durch Wohnbauoffensive und Enteignung von leerstehendem Wohnraum.



Von Sonja Grusch Doppelzüngigkeit ist wohl noch das Netteste, was man über Chef*innen im Handel sagen kann. Da wird werbewirksam Dank an "die Held*innen" geschaltet. Die Realität im Geldbörserl sieht anders aus: Für

Vollzeitbeschäftigte war das Danke für monate-lange gefährliche Arbeit gerade mal 150–200 Euro wert, oft nur in firmeneigenen Gutscheinen.

Aktuell fordert die GPA eine Maskenpause für Handelsangestellte. Zu Hitze, Staub, schweren Lasten und Stress kommt durch die Maske eine weitere Belastung hinzu. Rainer Will, Geschäftsführer des Handelsverbands erklärt: "Wir schätzen den großartigen Einsatz aller Mitarbeiter im heimischen Handel sehr. Dieser wird auch entsprechend honoriert und die Beschäftigungsverhältnisse werden in der Corona-Krise bestmöglich abgesichert." Im Klartext: Wir schätzen es,

Keine Atempause, Profite werden gemacht

eure Arbeitskraft auszubeuten und seid dankbar, dass ihr einen Job habt. Zur Info: JedeR Handelsangestellte erwirtschaftet mehr als das 8-fache des eigenen Einkommens und selbst mit einem Vollzeitgehalt liegt der Kollektivvertrag bei unter 1.400 netto/Monat.

Unter Corona haben die Kassen geklingelt, zuerst durch Hamsterkäufe im Frühjahr und dann im Onlinehandel, den auch die diversen Supermarktketten massiv ausgebaut haben. Für Herrn Will wäre eine gesetzliche oder kollektivvertragliche Regelung über bezahlte Maskenpausen ein "administrativer Supergau". Wir sprechen hier darüber, dass Menschen, die hart arbeiten alle 2 Stunden für 15 Minuten rausgehen und die Maske abnehmen können. Herr Will sitzt wohl alleine, ohne Maske, in seinem klimatisierten Büro oder Homeoffice und lässt sich Lebensmittel liefern. Eine Maskenpause UND ordentliche Bezahlung ist nötig. Auch die GPA-Führung sitzt allein im klimatisierten Büro – wird sie, anders als die Metaller, mehr tun als zu bitten und miese Deals auszuhandeln? Ich befürchte nein, würd mich aber gern irren.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP),
Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 2345 Brunn am Gebirge
Herstellungs- und Verlagsort: Wien | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 2560000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

Was Links mit Mandaten machen kann

Künftig gibt es mehr linke Bezirksräte*innen in Wien. Das ist gut. Nun geht es darum, dass diese stärker zu bemerkern sind, als bisherige KPÖ/Andas Mandate. Radwege und Strassenumbenennungen reichen nicht. Linke Abgeordnete müssen ihre Mandate – auch wenn es „nur“ in der Bezirksvertretung ist – breiter nutzen. Lokale Themen haben Platz, wie gegen die massive Privatisierung des öffentlichen Raums oder von Lärm

krank gewordene Menschen. Mandate können helfen, sozialen Kämpfen eine Bühne zu geben, Kampagnen zu organisieren und mit Betroffenen und Aktivist*innen gemeinsam aktiv zu werden. Zu tun gibt es genug: Die aktuelle Kollektivvertragsrunde im Handel, Proteste im Sozialbereich, der Kampf der Kolleg*innen im Gesundheitsbereich für gerechte Löhne, oder die Organisierung von eingeschüchterten Mieter*innen.



Wie(n) weiter nach der Wahl?

Die rot-grüne Stadtregierung bzw. die soziale Rhetorik der SPÖ im Wahlkampf ändert(e) nichts an der Realität in Wien:

Bundes jammert, diese aber umsetzt, wird die soziale Situation nicht ändern, weil sich Lokalpolitik nicht trennen lässt von

damit privater Immobilienpekulation überlässt, wird die Wohnungsnot nicht lindern.

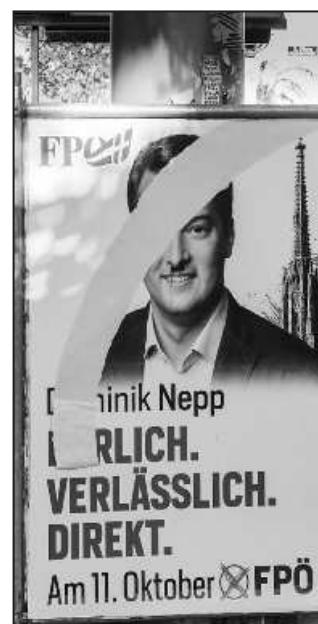
Links hat davon profitiert, dass viele diesmal nicht „taktisch“ wählten weil es keine Gefahr einer rechten Übernahme der Stadt gab. Das im Vergleich zu den letzten linken Antritten gute Abschneiden fußt in diesen besseren Rahmenbedingungen, dem wachsenden Wunsch nach einer linken Alternative und der Tatsache, dass im Wahlkampf eine Schicht neuer Aktivist*innen mit Dynamik dabei waren. Nun gilt es nicht nur jene, die aktiv geworden sind einzubinden sondern auch, das Ergebnis zu nutzen, um einen echten Unterschied zu machen.

Helga Schröder

Nach der Wahl ist vor der Wahl: Schritte zu einer neuen Arbeiter*innenpartei sind nötig.

Rassistische Übergriffe, Wohnungsnot, Niedriglöhne, Arbeitslosigkeit, Ärzt*innenmangel,... Auch Wien wälzt die wirtschaftliche, gesundheitliche und die Klimakrise auf die Schwächsten ab. Das wird – egal mit welchen der etablierten Parteien in der Stadtregierung – schlimmer werden. Eine Stadtregierung, die über die Politik des

grundlegenden sozialen und wirtschaftlichen Fragen. Wer die Profitlogik als „Naturgesetz“ hinnimmt, kann Privatisierung und Kommerzialisierung des öffentlichen Raums nicht stoppen. Eine Stadtregierung, die viel zu wenige „Gemeindebauten“ und dann noch in Kooperation mit Spekulationsobjekten baut, gleichzeitig eigene Grundstücke verkauft und



Aktivist*innen stärken

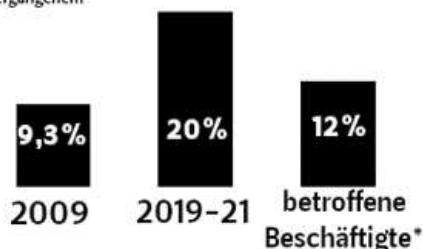
Bezirksräte haben formal wenig Gestaltungsspielraum. Wenn linke Mandatsträger*innen sich auf ihre lokalen, von den Herrschenden vorgegebenen juristischen Befugnisse beschränken, können sie wenig tun. Auch besteht die Gefahr, dass die hinter ihnen stehenden Aktivist*innen ausbrennen, weil sich durch die Wahl nichts ändert. Die Aufgabe besteht also nicht in erster Linie im Erringen von Mandaten. Die Aufgabe für Linke ist der Auf-

bau von starken Bewegungen – vor der Wahl und erst recht danach. Mandate sind dabei Werkzeug, vielleicht Ergebnis, aber nicht Grundlage für solche Bewegungen. Wenn im 2. Bezirk Linke eine Expertise im Wohnrecht haben, dann war auch hier eine Kampagne dafür ausschlaggebend. Mandatsträger*innen können die soziale Situation nicht ändern – die hinter ihnen stehende und mit ihrer Hilfe aufgebaute Bewegung schon.

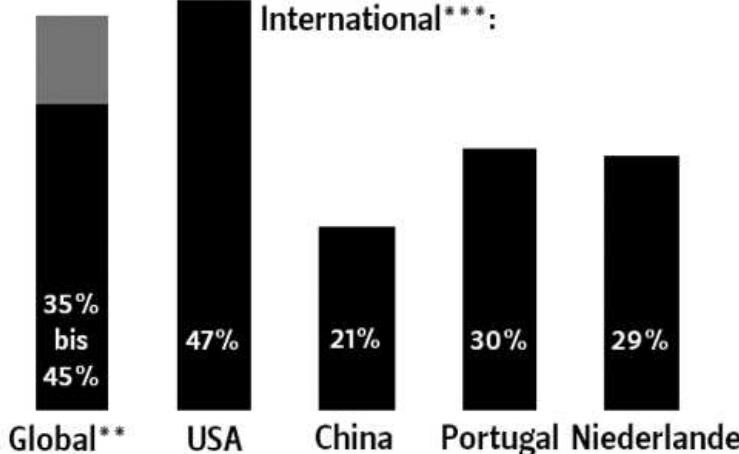
Die global erwartete Welle bei Insolvenzen und Pleiten für 2020 und 2021 wird jene von nach 2009 in den Schatten stellen:

Steigerung Firmeninsolvenzen Österreich:

* betroffene Beschäftigte bezieht sich (nur) auf Quartal 1 2020
** globaler Anstieg könnte bei zu früher Einstellung von Konjunkturmaßnahmen 5-10 Prozentpunkte höher ausfallen
*** global: 2020 und 21
Länderdaten: Laufendes Jahr im Vgl. mit Vergangenem



Steigerung Firmeninsolvenzen International***:



Kapitalismus zahlungsunfähig?

Größere Insolvenzen häufen sich. Beschäftigte und ihre Familien sind die Leidtragenden. Die Pleitewelle zeigt, wie

zu eingesetztem Kapital. Trotz absoluter Rekordprofite der marktbeherrschenden Konzerne werden diese Profite immer

der zugunsten reicher Manager*innen vergeben und Schulden „vergesellschaftet“ werden, bringen Lösungen. Eben-

Nicht Covid-19 ist Ursache der Pleitewelle, die ab nun über den ganzen Planeten schwappen wird.

sehr der Kapitalismus auf Sand gebaut ist. Die grundlegenden Ursachen brechen in globaler Kettenreaktion als Krise hervor. Covid-19 war lediglich der Auslöser. Aufgrund der Ausbeutung in Form von Lohnarbeit und der Planlosigkeit infolge des Profitstrebens existieren viel zu viele Produktionskapazitäten und Waren. So verschlechtert sich das Verhältnis von Profiten

weniger zur Entwicklung re-investiert.

Insolvenzen unzähliger kleiner, aber auch größerer Firmen sind so unvermeidlich. Will man den sozialen Verfall stoppen, muss man den Kapitalismus international durch ein nicht-profit-orientiertes System ersetzen. Weder staatliche Investitionsanreize noch Rettungspakete, bei denen Steuergel-

so greifen alte sozialdemokratische Konzepte wie Genossenschaften und Mitarbeiter*innen-Beteiligung viel zu kurz, da sie am Grundproblem des kapitalistischen Krisenmechanismus nichts ändern. Die Gewerkschaftsführung steht dem planlos gegenüber und spielt Co-Management. Stattdessen brauchen wir Mobilisierungen und Proteste für folgendes Programm:

Staatliche Intervention durch 100% Lohnfortzahlung

Enteignung und Verstaatlichung aller noch vorhandener Sach- und Geldwerte insolventer Unternehmen inkl. konsequenter Verfolgung möglicher Steuerhinterziehung und sonstiger Wirtschaftskriminalität.

Übertragung in dauerhaft gesellschaftliches Eigentum sowie Kontrolle und Verwaltung durch die Beschäftigten

Entwicklung eines Plans für Bedarf, Produktion und Verteilung inkl. Koordination mit anderen Sektoren der Wirtschaft national und international durch gewählte Komitees von Beschäftigten.

Franz Neuhold

Kapital und Gewerkschaft versagen

360 Beschäftigte bei ATB (Wolong-Gruppe) verlieren den Job, das zwingt die Gewerkschaft zum Handeln. Doch was sie tut, ist viel zu wenig: Vertrauen auf Gerichtsbeschluss gegen den Abtransport der Maschinen und ein symbolischer „Streik“, wenn gar nicht mehr produziert wird. Statt leerer Ankündigungen müsste die Gewerkschaftsführung tatsächlich eine Konfrontation mit dem bürgerlichen Staat eingehen!

Bei der Übernahme 2013 durch Marcus Mautner-Markhof nannte er die Brauerei Grieskirchen ein „Juwel“. Nach einigen Monaten schwächerer Absätze droht nun 50 Beschäftigten Arbeitslosigkeit. Sein Vermögen: 260 Mio. €. Aber die Firma hat „negatives Eigenkapital“. Enteignet Mautner-Markhof! Sein Vermögen gründet nicht auf seiner Leistung, sondern Jahrzehntelanger Ausbeutung der Leistung der Beschäftigten.

Die Krise der Luftfahrt trifft Zulieferer wie FACC (OÖ). 700 Beschäftigte sind akut betroffen. Der Kampf um Jobs und radikale Klimapolitik ergänzen sich bestens. Gesellschaftlich sinnvolle Jobs sind durch wirtschaftliche Planung möglich, denn auch im Luftfahrtbereich kann Elektromobilität eine Rolle spielen. Auch sinnvoll: die Umstellung der Produktion auf Komponenten für andere klimafreundliche Produkte.

Bei Vapiano Österreich (Restaurantkette) geht es um 14 Standorte mit insgesamt 700 Beschäftigten. Schuld ist laut österreichischer Geschäftsführung „Vapiano Deutschland“. Die sagen, es wäre zu stark expandiert worden, u.a. nach und in Österreich. Erstaunliche Logik! Unser Fazit: Österreichische und deutsche Kolleg*innen müssen sich für die gemeinsamen Interessen, gerade in Niedriglohnbranchen, zusammenfinden.

Der rechte Rand

Sie leben im „unfreiwilligen Zölibat“. In Online-Netzwerken teilen sie Vergewaltigungs- und Mordfantasien und rufen zu Gewalttaten auf. Ziel ihrer Attacken sind neben Frauen häufig auch Muslime/a oder Jüd*innen, die sie für das Aussterben der „weißen Rasse“ verantwortlich machen.

Damit bedienen also die sogenannten ‚Incels‘ (involuntary celibate) die Klassiker antifeministischer, rassistischer Weltanschauungen und bieten auch ein lukratives Rekrutierungsfeld für Rechte und Rechts-extreme.

FPÖ und Burschis fischen ebenso in diesem Sumpf, wenn behauptet wird, „Gendermainstreaming“ und Menschenrechte würden „den Völkern von oben herab (...) aufgezwungen“ (Axel Kassegger, FPÖ) oder „normal geblieben“ sei nur, an wem „Political Correctness und Genderwahn spurlos vorbeizogen“ seien (Burschenschaft Olympia).

Die Identitären propagieren die rassistische Verschwörungstheorie des „großen Bevölkerungsaustausches“, die auch von Populist*innen wie Trump, Beatrix von Storch oder Stračche benutzt wird. Sie alle sehen Frauen in ihrer „traditionellen Rolle“. Passend wettern christliche Fundis wie Rudolf Gehring gegen Abtreibung und Muslime/a, womit eine rechte Szene bedient wird, die sich mit den Incels überschneidet.

Auch wenn das Phänomen bis dato in Österreich kaum relevant erscheint, gab es bereits konkrete Gewaltakte (z.B. „Eisenstangen-Morde“ Wien 2018), die der Strömung zuzuordnen sind. FPÖ, Identitäre & Co. befeuern dieses Milieu, das immer weiter abdriftet in seine eigenen Wertesysteme und dabei zunehmend gefährlicher wird.

Sarah Lammer

Isolation durch Falle Homeoffice

Über die negativen Folgen von Homeoffice wird viel berichtet: Angefangen von den vielen „Nebenbei“-Aufgaben wie Kinderbetreuung oder dem Abschieben von Kosten für Strom und Internet auf Privatpersonen bis hin zur Überwachung am Arbeitsplatz zu Hause und ein Eindringen in die Privatsphäre. Wegen des wirtschaftlichen Nutzens geben auch mehr als 80% aller befragten Unternehmen an, nach Corona mehr auf Homeoffice zu setzen. Hier geht es aber um eine weitere negative Folge des Homeoffice.

Die Isolierung und das Dezentralisieren der Arbeit erschwert die gewerkschaftliche Organisation und die Betriebsratsarbeit enorm: Zu Hause ist man schwerer erreichbar als beim Haupteingang der Firma. Erfahrungen werden isoliert voneinander von Einzelpersonen gemacht und es fehlt der Austausch mit Arbeitskolleg*innen, um festzustellen, dass es anderen genauso geht. So kann ungleiche Bezahlung viel einfacher vertuscht werden, Überstunden können leichter „übersehen“ werden etc. Es fehlen kollektive Erfahrungen und das dadurch entstehende Bewusstsein, dass das alles mit System geschieht. Durch Homeoffice werden wir ins 18. und 19. Jahrhundert zurückver-

setzt, eine Zeit der Heimarbeit und bevor es starke Gewerkschaften gab.

In Deutschland wurden 2019 65,6% aller Bürojobs von Frauen ausgeübt; eine doppelte Verschlechterung durch Homeoffice und Betreuungspflichten. Und gerade für Frauen ist das „Rauskommen“ aus Wohnung und Familie besonders wichtig, um sich der eigenen Unterdrückung, aber auch der eigenen Stärke bewusst zu werden.

Seitens des ÖGB wird argumentiert, dass viele Beschäftigte sich für Homeoffice aussprechen und man sich nur nach den Bedürfnissen richten würde. Der Wunsch nach Homeoffice sollte angesichts der Alternativen nicht überraschen: Steigender Arbeitsdruck für alle, die NICHT in Homeoffice sind; hygienetchnisch unzureichend gesicherte Arbeitsplätze; Zeitverluste durch stundenlanges Pendeln (mit Ansteckungsgefahr in öffentlichen Verkehrsmitteln) oder Corona-bedingtes Ausfallen mancher Öffis. Dass trotz der anfangs genannten Problemfelder Homeoffice immer noch eine so „beliebte“ Option ist, unterstreicht nur das Versagen des ÖGB, die Arbeitsumstände hygienisch zu sichern und Arbeitsverhältnisse Corona-gerecht zu organisieren.

Stefan Brandl



Gewalt = Gewerkschaftsthema

Gewalt in Familie oder Job bringt Frauen in eine gefährliche Zwickmühle. Ohnehin überwiegend tätig, wo niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedin-

entschlossenen Kampf gegen Sexismus und Gewalt – auch im Betrieb!

Gibt es gemeinsame Kämpfe für bessere Arbeitsbedingungen, können

Eine von fünf Beschäftigten ist von Gewalt an Frauen betroffen – Gewerkschaften müssen aktiv werden!

gungen und Jobunsicherheit vorherrschen, müssen sie oft Job und Betreuungspflichten vereinbaren. Einfach kündigen ist nicht möglich. Was also tun? Die Lösung darf nicht länger an den betroffenen Frauen hängen bleiben. Es gibt keine Alternative zum

diesen Erfahrungen und die entstandene Organisierung auch für den Kampf gegen Sexismus genutzt werden. Sexistische Gewalt kann auch unmittelbar durch eine Organisierung von Frauen in ihrem Betrieb bekämpft werden und der erste Schritt ei-

ner Organisierung der gesamten Belegschaft sein. Auch die Gewerkschaften, Betriebsräte*innen und AK müssen diese Kämpfe unterstützen und das Problem offensiv thematisieren und klarmachen, dass sexistische Gewalt alle etwas angeht. Gewalt und Diskriminierung spalten und schwächen damit die gesamte Belegschaft. Doch dazu braucht es Schulungen und Rechtshilfe durch die Gewerkschaften und mehr Zeitressourcen. Das würde dazu beitragen, Gewalt ans Licht zu bringen und es Betroffenen erleichtern, Gewalt anzusprechen und sich zu wehren – ähnlich wie es durch #me too passiert ist.

Irene Mötzl,

Betriebsräatin im Sozialbereich

Kurznachrichten aus Betrieb & Gewerkschaft

- ÖGB, Danke für Nichts

Stolz präsentiert der ÖGB seinen Bericht vom „Spitzengespräch mit Bundesregierung und Wirtschaftskammer“ zum Thema Arbeitslosigkeit. Leider enttäuscht dieser in jedem Punkt die Hoffnungen auf eine kämpferische Alternative zum trüben Ausblick für Erwerbsarbeitslose und Beschäftigte. So setzt sich der ÖGB nur zum Ziel, die Arbeitslosigkeit auf das „Niveau vor der Krise“ von Ende 2019 zu senken. Damit akzeptiert die Gewerkschaft

eine hohe Sockelarbeitslosigkeit (300.000, verdammt nochmal), prekäre Verhältnisse und massive Probleme für ältere Kolleg*innen, die im real existierenden Kapitalismus keinen Job mehr bekommen. Lieber ÖGB: Das ist keine ermutigende Forderung, sondern Kapitulation! Gegenüberburgerlicher Regierung und Unternehmens-Vertretung argumentiert ÖGB-Chef Katzian damit, dass Arbeitslosigkeit „Nährboden für Entwicklungen

war, von denen wir nicht wollen, dass sie sich wiederholen“. Was meint er eigentlich damit? Diktaturen und faschistische Bewegungen oder die zuvor in Fahrt gekommenen „revolutionären Umtriebe“ von Arbeiter*innen international? Letzteres wäre nämlich die beste Antwort auf die Krise! Kurzum: Wir brauchen im und außerhalb des ÖGB den Wiederaufbau einer kämpferischen und anti-kapitalistischen Gewerkschaftsbewegung.

+ Nahverkehr-Warnstreiks

In Deutschland tobtt ein Arbeitskonflikt mit 130 Unternehmen des Öffentlichen Nahverkehrs. Es geht um Nachwuchsförderung sowie Überstunden, Schichtdienst-Zulagen und zu hohe Krankenstände. Bis 2030 braucht dieser gerade für die Klimapolitik bedeutende Sektor laut Gewerkschaft ver.di 100.000 neue Beschäftigte. Die Strategie der Unternehmens-Leitungen: Verweigerung von Verhandlungen. Ver.di arbeitet mit Warnstreiks,

die jeweils nur kurz dauern. Dabei sollen sich Ende September mehr als 90% der Beschäftigten an der Durchführung aktiv beteiligt haben! Dies deutet an, dass mit einer energischeren Strategie mehr drin wäre. Man könnte der Blockadehaltung der Unternehmen kontern, wenn der Nahverkehr tagelang stehen würde. Das Wichtigste: Eine Mehrheit der Bevölkerung, v.a. der Beschäftigten, versteht die Proteste oder unterstützt diese.



Friedrich Engels und die Frauen

Die Forschung zum Leben von Marx und Engels begann schon zu ihren Lebzeiten und dementsprechend gut erforscht ist es. Wer sich mit Engels be-

auch radikal damit. Von Ehe, Monogamie und Standesdünkel hielt er wenig und lebte lange mit zwei Schwestern aus den irischen Arbeiter*innen Slums

*Der Lebemann als Revolutionär.
Oder, warum wir so wenig über
die Burns-Schwestern wissen.*

beschäftigt, kommt an seinem Buch "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" nicht vorbei. Darin beschreibt er die Grundlagen der Unterdrückung der Frau und die Bedeutung sexistischer Moralvorstellungen zum Erhalt von Klassengesellschaften.

Er analysierte diese Zusammenhänge nicht nur, sondern brach für die Zeit

in Manchester zusammen. Wir wissen viel über das gesellschaftliche Leben von Engels, aber kaum etwas über jenes der Burns Schwestern. Zu mutmaßen, Engels hätte sich (wie damals durchaus üblich) zwei arme Frauen „gehalten“, ist eine flache Analyse. Das Ignorieren dieser Beziehung durch Sozialdemokratie und Stalinismus

zeigt, dass beide bürgerliche Moralvorstellungen tief verinnerlicht haben.

1842 ging Engels auf Wunsch des Vaters nach Salford bei Manchester. Er arbeitete im Familienbetrieb und studierte den modernen Industriekapitalismus. In England gab es schon eine aktive Arbeiter*innen-Bewegung, an der er sofort andockte. Wahrscheinlich ist, dass Engels dabei relativ bald auf Mary Burns gestoßen ist und sie 1842/43 eine Beziehung eingingen. Ziemlich gesichert ist, dass sie ihn in die gefährliche Welt von „Little Ireland“ in Manchester einführte (und damit auch schützte), wo er für sein erstes Buch „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ recherchierte.

Er wiederum unterstützte ihre politische Tätigkeit für die irische Unabhängigkeit.

Später zog Engels mit Mary und ihrer Schwester Lydia zusammen und war spätestens nach Marys Tod in einer Beziehung mit Lydia. Wobei viel darauf hindeutet, dass alle drei auch wechselnde Sexualpartner*innen hatten. Das „Verhältnis“ war kein Skandal – der „Skandal“ war, dass Engels die Unterschichtfrauen Mary und dann Lydia als „seine Frau“ vorstellt und sie somit neben sich auf seine gesellschaftliche Stufe stellte. Auch Marxens Frau war wegen der „gesellschaftlichen Unmöglichkeit“ geschockt, als Engels mit Mary bei ihnen in

Brüssel zu Besuch war. Dass er Lydia erst am Totenbett formal heiratete, um ihr ihren letzten Wunsch zu erfüllen, ändert daran nichts. Von formalen Dingen, wie Heirat hielt er nichts. Besitzdenken, sowohl persönlich wie materiell war ihm fremd. Engels baute sich abseits des bürgerlichen Familien-Ideals, aus dem Marx und Burns Clan sein eigenes Familienkonstrukt. Ihnen hinterließ er auch einen Großteil seines Vermögens. Marxens Grab in Highgate bei London war als „Familiengrab“ gedacht. Erst als er sah, wie es zur „Pilgerstätte“ wurde, verfügte er, dass seine Asche in den Ärmelkanal geschüttet werden soll. Für sich wollte er keine Pilgerstätte.

Albert Kropf

Remember Weltspartag?

1925 von der „Weltvereinigung der Sparkassen“ eingeführt, sollte der Weltspartag in Zeiten der kapitalistischen Krise Vertrauen und Kaufkraft stärken sowie mittels Erziehung Armut mindern. In gewisser Weise war es die finanzielle Version des sozialdemokratischen Reformismus. In den Jahren zuvor kam es zu einer gigantischen Geldentwertung mit radikalen Währungsreformen. Doch keinerlei Maßnahmen von Bürgertum und Kapi-

tal konnten eine harmonische friedliche Entwicklung bringen. Ein noch größerer Krieg folgte. Nach diesem 2. Weltkrieg konnte in einigen Ländern aufgrund des Nachkriegsbooms für einen Teil der arbeitenden Bevölkerung und zeitlich beschränkt ein relativer Wohlstand erreicht werden. Banken waren Orte, wo man als Kind gerne hing, mit Bausteinen spielte und einmal im Jahr nette Geschenke von Sparefroh & Co. einstreifen konnte. Doch

das Image hat sich mit der Sichtbarkeit der dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche und Krisen endgültig gewandelt: Sparzinsen liegen unter der Teuerungsrate. Durch Sparen und Lohnarbeit wird man nicht reich. Demgegenüber stehen Banken als Symbol für strukturelle Ungerechtigkeit, Betrug, Profitgier und Schäden an der Gesellschaft. Daraan ändert auch die aktuelle „Sumsi-Wärmeflasche“ nichts mehr.

K&K auf modern

„Kultur ist krisensicher“ (Slogan der Landeskultur-GmbH OÖ). Welch ein Hohn, betrachtet man die herrschende Politik! Die IG-Kultur weist auf das wesentliche Problem beim angekündigten „Schutzhelm für Veranstaltungen“ hin: „Dotiert ist dieses Instrument mit 300 Mio. € (...). Unklar ist, wer diese Unterstützung in Anspruch nehmen kann. So wie die Rechtsgrundlage formuliert ist, wird dieses Instrument nur Unternehmen

offen stehen.“ Ebenso zeigt die Koppelung der Personenobergrenze an das Vorhandensein fixer Sitzplätze, welch bürgerlich-elitäre Vorstellung die Regierung von „Kunst & Kultur“ hat. Das bedeutet wohl die Konzentration auf angepasste, tourismusdienliche und gut vernetzte K&K-Betriebe. Die vielen kleinen Kulturschaffenden und Initiativen, die Kritik am herrschenden (K&K)System in ihrer Kunst darstellen wollen, werden auf der Strecke bleiben.

Demo – Applaus ist nicht genug

Am 3.10. fand in Wien der Höhepunkt unserer Kampagne für eine Ausfinanzierung des Gesundheits- und Sozialbereichs statt. Die Demonstration „Applaus ist nicht genug! Arbeitszeitverkürzung – höhere Löhne – mehr Personal“ wurde von „Sozial, aber nicht blöd“ initiiert und von einer Reihe Basisinitiativen gemeinsam organisiert. Die SLP ist in „Sozial, aber nicht blöd“ seit langem aktiv und wir haben in den vergangenen Monaten auf der Straße und vor Krankenhäusern mobilisiert.

Bis zu weit über 300 Teilnehmer*innen trafen sich am 3.10. am Platz der Menschenrechte, um gemeinsam für mehr Geld und eine Arbeitszeitverkürzung im Gesundheits- und Sozialbereich auf die Straße zu gehen. Die Forderungen des Demonstrationszuges über Gumpendorfer und Mariahilfer Straße haben auch bei Passant*innen viel Zustimmung erhalten. Gerade jetzt in der Corona-Krise werden die Folgen des jahrelangen Kaputtsparens unseres Gesundheits- und Sozialsystems deutlich.

SLP-Aktivist*innen aus Wien und Linz waren bei der Demo präsent und mit unserem Flyer machten wir u.a. Vorschläge für das wie weiter. Dazu gehören eine bundesweite Vernetzungskonferenz von Initiativen und

ativen und Einzelpersonen im Gesundheits- und Sozialbereich Anfang 2021, um zu diskutieren, wie der Kampf um einen ausfinanzierten, bedarfsoorientierten Gesundheits- und Sozialbereich weitergehen kann – denn gemeinsam sind wir stärker!

Wir luden auch zu Aktionen unserer sozialistisch-feministischen Kampagne „Nicht mit Mir – Rosa International“, die für den Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November eine Kampagne organisiert. Der Gesundheits- und Sozialbereich ist eine weiblich geprägte Branche; eine satte Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung sind dringend nötig.

Beschäftigte aus der Erwachsenenbildung, der Flüchtlingsbetreuung und auch der 24-Stundenpflege marschierten im Demozug mit. Aktivist*innen der SLP waren ganz vorne dabei, wie z.B. Michael Gehmacher, Betriebsrat beim „Arbeiter-Samariterbund – Wohnen und Soziale Dienste“, der sagt: „Die Demo war ein wichtiges Zeichen. Nach der Demo ist vor dem Streik. Wir können nicht 3 Jahre bis zur nächsten SWÖ-Kollektivvertrags-Verhandlung warten. Jetzt heißt es Aktionen in den Betrieben vorbereiten, um für die volle Ausfinanzierung zu kämpfen.“

Seraphina Reisinger



SLP für Moria-Flüchtlinge

Die verheerenden Verhältnisse rund um Moria führten dazu, dass Flucht wieder in den Schlag-

Regierungsmilliarden und Vermögen der Superreichen zeigen, dass das Geld da ist.

antwortung der EU für die Missstände hin.

In Verbindung mit den Entwicklungen im So-

*Die SLP hat eine lange Tradition, sich für die Rechte von Migrant*innen und Flüchtlingen einzusetzen.*

zeilen landete. Das Lager „einfach“ wieder aufzubauen, ist keine Lösung. Die SLP war Teil der verschiedenen Proteste und überall versuchten wir konkrete Vorschläge einzubringen.

Am 9.9. sprach SLP-Bundessprecherin Sonja Grusch auf der spontanen Demo „Schluss mit der Festung Europa“. Sie strich heraus, dass Hilfe nicht durch Umverteilung von „Arm-zu-Arm“ stattfinden darf, weil die

Auch am 10., 11. und 12.9. war die SLP in Solidarität mit den Geflüchteten auf Demos und Kundgebungen – „Sofortige Evakuierung, Tore Europas öffnen“. Mit ca. 1.000 anderen waren wir am 14.9. vor dem Bundeskanzleramt „Das ist Moria – Das ist Mord“.

In Linz beteiligten sich SLP-Aktivist*innen am 18.9. an „Moria liegt in Asche – Menschlichkeit statt EU-Grenzregime“ und wiesen auf die Ver-

zial- und Gesundheitsbereich fordert die SLP u.a., dass alle Geflüchteten in menschenwürdigen Verhältnissen untergebracht werden, dafür leerstehende Unterkünfte verwendet und mehr Leute im Sozialbereich angestellt werden müssen. Auch zur Finanzierung haben wir Vorschläge: Zahlen sollen die, die für die Fluchtersachen verantwortlich sind: Glock, OMV & Co.

Karin Wottawa

Sexismus? Nicht mit mir!

Am 20.9. gab es ein erfolgreiches Treffen von „Nicht mit mir“ in Wien. Es kamen Teilnehmer*innen aus verschiedenen Bundesländern. „Nicht mit mir“ ist die sozialistisch-feministische Kampagne der SLP, die schon länger am Laufen und Teil von Rosa-International ist.

Beim Treffen haben wir unsere Kampagne zum internationalen Aktions- tag gegen Gewalt an Frauen am 25.11. geplant. Wir ha-

ben vor, uns mit verschiedenen Aspekten von Gewalt gegen Frauen, wie Sexismus, dem Gesundheits- und Sozialbereich und insbesondere der Arbeit der Gewerkschaften in diesem Bereich auseinander zu setzen und Aktionen zu den jeweiligen Themen zu machen. Ebenfalls haben wir vor, weitere Aktivist*innentreffen zu organisieren, zu denen jeder und jede herzlich eingeladen ist: Beteilige auch du dich!

Chris Melt

Andere über uns



Nach Jahrzehnten muss ein linker Badeplatz, Ort hitziger Diskussionen und Kinderlager der anderen, kritischen, Art, schließen. Denn die steinreiche Familie Esterházy, größte private Grundbesitzerin Österreichs, der 10% des Burgenlandes gehören, will den bisher von vielen genutzten Seezugang an reiche Private verpachten. Was hat die SLP damit zu tun? Auch wir haben dort Seminare durchgeführt...

**NICHT
MIT
MIR!**

Rosa
INTERNATIONAL
SOCIALIST FEMINISTS

VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Oktoberstreik 1950

Osterreich ist bekannt als eines der reichsten Länder der Welt. Das sah nach 1945 aber noch ganz anders aus. Der 2. Weltkrieg hinterließ nicht nur Berge von Leichen, sondern auch ein zerstörtes Land. Damals war Österreich eines der ärmsten Länder Europas. Hauptaufgabe war also der Wiederaufbau, der alles untergeordnet wurde, auch der Lebensstandard der Arbeiter*innen. Die bürgerlichen Kräfte in Österreich waren seit jeher schwach und lange v.a. ein Anhängsel der Monarchie. Nach dem 1. Weltkrieg stützten sie in weiten

Rohstoffen und verschaffte die benötigte Infrastruktur. Ganz nach dem Motto, das wie ein Tinnitus bis heute nachklingt: „Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut“.

Dass diese Formel aber heute wie damals nicht stimmt, zeigte die Tatsache, dass die Unternehmen die Preise für die Waren des täglichen Bedarfs drastisch anhoben und so die arbeitende Bevölkerung in immer größeren Hunger und Armut drängte. Vor allem, weil Unternehmer*innen und die Leitungen der verstaatlichten Betriebe der Meinung waren,

delte der ÖGB die „Lohn-Preisabkommen“ (LPA). In Verhandlungen mit Vertreter*innen aus Wirtschaft und Regierung sollte so die Entwicklung von Löhnen und Preisen geregelt werden.

Diese LPA's waren die Vorläufer der Kollektivvertragsverhandlungen und somit der Beginn der Sozialpartnerschaft. Die Sozialpartnerschaft, die von gemeinsamen Interessen von Kapital und Arbeit ausgeht, setzt daher v.a. auf Verhandlung und lehnt das Mittel des Arbeitskampfes weitgehend ab. Sie ist mehr als eine Taktik und

tige Teile der österreichischen Arbeiter*innenklasse selbst.

Der ÖGB führte nämlich keinen Kampf gegen die Ausbeutung, sondern festigte sie, indem er zwar für eine Abschwächung eintrat, sie aber prinzipiell als alternativlos hinnahm. Allerdings hielten sich die Kapitalist*innen nicht an die Vereinbarungen, was die Preise wieder explodieren ließ. So wie die Stimmung in der Bevölkerung – denn die Gewerkschaft hielt am Abkommen und den niedrigen Löhnen fest. 1949, nach dem 3. LPA, kam es zu Betriebsversammlungen und Protestkundgebungen. Als während der Verhandlungen zum 4. LPA durchsickerte, dass es wieder nicht die Bedürfnisse der Bevölkerung erfüllen würde, kam es ausgehend von Westösterreich im ganzen Land zu Streiks und Demonstrationen.

In der Folge spielten ÖGB und SPÖ eine desaströse Rolle. Die Partei und die theoretische Kampforganisation der Arbeiter*innenklasse führten diese nicht an, sondern taten alles, um ihre Eigeninitiative abzuwürgen. Bewusst wurde von SPÖ und ÖGB das Gerücht gestreut, dass die Streikbewegung ein Putschversuch der KPÖ sei, um die Macht zu erlangen.

Zuletzt wurden Streikende von Schlägertrupps, die der Bau-Holz Gewerkschafter Franz Olah aufstellte, auseinandergejagt. Doch von der KPÖ ging für das System keine Gefahr aus. Schon im Widerstand war es der Linie der stalinistischen Sowjetunion folgend primär um die Wiedererrichtung der bürgerlichen Demokratie gegangen, nicht um den Sturz des Kapitalismus. Obwohl viele KPÖler*innen führende Rollen bei den Streiks hatten, war die KPÖ nicht viel mehr als die österreichische Filiale der stalinistischen Sowjetunion, die kein taktisches Interesse an einem Umsturz in Österreich hatte.

Erst 2015 wurde die Geschichte des Oktoberstreiks vom ÖGB historisch aufgearbeitet, die Putschthese revidiert und damals ausgeschlossene Gewerkschaftsmitglieder rehabilitiert. Was bleibt, ist aber eine Gewerkschaft, die seit jeher Bewegungen der Arbeiter*innenklasse nicht anführt und unterstützt, sondern zügelt und zum Stillstand bringt. In dem sie es nicht schafft, über den Tellerrand der kapitalistischen Logik zu blicken, ist sie ein stabilisierender Faktor des kapitalistischen Ausbeutungssystems und setzt so letztlich die Interessen der Herrschenden um.

Thomas Hauer

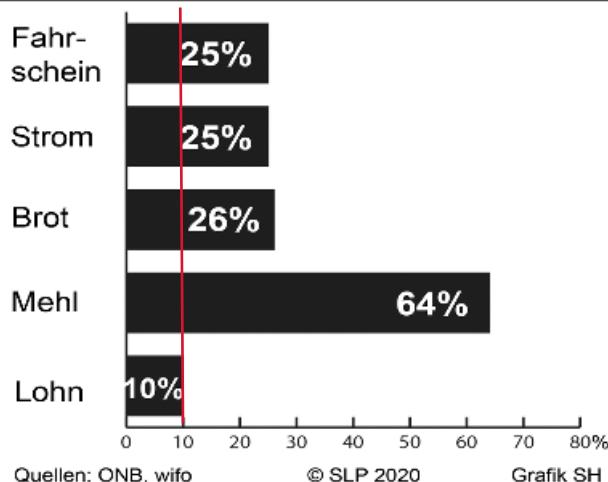
Sie nannten es „Rettung der Demokratie“, und verhinderten so, dass wir was zu sagen haben.

Teilen zuerst den Austrofaschismus, dann das NS-Regime. Durch diese Schwäche konnte die österreichische Bourgeoisie keine tragende Rolle beim Wiederaufbau spielen. Im Gegenteil: Die Klein- und Mittelbetriebe mussten vom österreichischen Staat, unterstützt durch den „Marshallplan“, aufgepäppelt werden. Die nun verstaatlichte Groß- und Schwerindustrie sicherte ihnen einen günstigen Zugang zu

dass die Löhne niedrig gehalten werden müssen, um den Wiederaufbau der Wirtschaft zu stabilisieren. Die Kapitalist*innen waren sich also einig, dass die Rechnung der Arbeiter*innenklasse umgehängt wird. Um diese Angriffe auf die Arbeiter*innenklasse, die schon den Preis für Krieg und Faschismus bezahlt hatte, abzuschwächen, aber auch um Protesten zuvorzukommen, verhan-

ist als Ideologie zum Flaggenschiff des ÖGB geworden. Ihr schreibt er fast alle seine Erfolge zu. Die wenigssten Gewerkschaftsmitglieder werden aber wissen, dass diese Festung (heute eher Ruine) des sozialen Friedens in Österreich mit Gewalt und politischem mundtot-Machen seiner Gegner*innen durchgesetzt wurde. Diese Gegner*innen waren aber nicht etwa Vertreter*innen des Kapitals, sondern wich-

Lohn- und Preiserhöhungen im 4. Lohn-Preisabkommen 1950



400.000–500.000 Beteiligte am Streik

- **8.1947:** 1. Lohn-Preisabkommen (LPA), um die schnelle Entwicklung der Preise und die langsame der Löhne zu regulieren
- **9.1948:** 2. LPA, da sich die Unternehmen nicht an die Vereinbarungen halten
- **5.1949:** 3. LPA führt zu ersten Betriebsversammlungen und Protestkundgebungen (z.B. in Wien 100.000 und in Graz 12.000 Teilnehmer*innen)
- **9.1950:** Geheimverhandlung über das 4. LPA
- **23.9.:** Meldung der Arbeiterzeitung (SPÖ), dass bereits ein Abkommen getroffen wurde
- **24.9.:** VÖEST-Linz beschließt als erster Betrieb einen einstündigen Warnstreik. Andere Linzer Großbetriebe machen mit
- **25.9.:** 20.000 demonstrieren dagegen in Linz
- **26.9.:** Auch in Ostösterreich Betriebsversammlungen und Streiks
- **27.9.:** Mit Zustimmung bzw. auf Initiative der KPÖ wird überall beschlossen, die Streiks für 3 Tage zu unterbrechen. Eine Betriebsrätekonferenz wird einberufen
- **242 Betriebe** mit 40.000 Arbeiter*innen streiken alleine in Wien zwischen 24. und 27.9., in Nieder- und Oberösterreich 50.000 bzw. 60.000 Streikende
- **28.9.:** Die Arbeiterzeitung schreibt: „Kommunis-
- tischer Generalstreikversuch gescheitert“ - Beginn der Putschthese
- **29.9.:** VÖEST-Linz hat als einziger Betrieb ununterbrochen gestreikt. In Ranshofen wird ein Streikbeschluss für 30. Sept. gefasst. Sonst überall ein Abbröckeln der Streikstimmung
- **30.9.:** Forderungen der Betriebsrätekonferenz: Verdopplung der vorgesehenen Lohnerhöhung, sofortiger Preisstopp
- **3.10.:** Antikommunistische Hetze in den Medien
- **4.10.:** Nur wenige Betriebe streiken noch. Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und Schlägertrupps von Bau-Holz-Gewerkschafter Franz Olah. Brutale Übergriffe der Exekutive
- **5.10.:** Verhaftungen von Kommunist*innen und Streikenden; Werksbesetzungen durch die Exekutive. In der Nacht beschließt die Betriebsrätekonferenz, die Streiks abzubrechen
- **Durch Säuberung** von „kommunistischen Elementen“ wurden in der Folge 85 führende Gewerkschaftsfunktionär*innen ausgeschlossen, sowie Streikführer*innen in den Betrieben entlassen.
- **2015 wird** die Kommunistenputsch-Theorie nach einer historischen Aufarbeitung vom ÖGB revidiert

70 Jahre Oktoberstreik Lehren für heute

Die Niederschlagung der Oktoberstreiks 1950 durch die Sozialdemokratie und die ÖGB-Führung markierte den Beginn der Festschreibung einer sozialpartnerlichen Ausrichtung der österreichischen Gewerkschaftsführungen. Bis heute sind die damit ein-

schismus und Krieg, sowie Hoffnungen, hervorgerufen durch die Verstaatlichungen der Nachkriegszeit und Arbeiter*innenverwaltung in Teilen der Wirtschaft.

Es war das politische Bewusstsein wichtiger Teile der Arbeiter*innenklasse in der Nachkriegszeit ge-

maßgeblich organisiert sowohl durch KP-Mitglieder, als auch durch Mitglieder der rechten VdU (Vorgängerin der FPÖ). Diese war ein Sammelbecken alter Nationalsozialist*innen, was im Kontext der herrschenden antikommunistischen Propaganda dafür genutzt wurde, das Bild eines Schulterschlusses zwischen Kommunist*innen und Faschist*innen zu zeichnen.

Die LPA 1947–51 waren zentral für den kapitalistischen Wiederaufbau...

hergegangenen Folgen für die Arbeiter*innenklasse - der immer wiederkehrende Verrat durch die eigene Führung und die Passivität der österreichischen Arbeiter*innenbewegung insgesamt - deutlich zu spüren.

Die Streiks im Oktober 1950 waren die bis dahin größte Streikbewegung der 2. Republik. Weit über 100.000 Beschäftigte - zum Höhepunkt 200.000 - traten in Aktion gegen das 4. Lohn-Preis-Abkommen, beschlossen im Geheimen von Regierung, ÖGB-Führung und Unternehmensvertreter*innen, das für die Arbeiter*innenklasse hohe Reallohnverluste bedeutete.

Was war die politische Situation nach 1945? Vor dem Hintergrund wachsender außenpolitischer Spannungen, der antikommunistischen Agenda der Westmächte und dem einsetzenden Kalten Krieg trieb die Bundesregierung die Westintegration Österreichs voran. Dem entgegen stand ein relevantes antikapitalistisches Bewusstsein der Arbeiter*innenklasse nach den Erfahrungen mit Fa-

prägt von dieser objektiven Lage sowie von einem relevanten Selbstbewusstsein und Radikalisierung. Vieles war im Krieg der Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapitalismus deutlich geworden; der existierende Wunsch nach einer gemeinsamen Arbeiter*innenpartei (für die es 1945 sehr reale Ansätze gab) stand einer angepassten Sozialdemokratie mit rechter Führung gegenüber. Dass diese mit allen Mitteln die Sozialpartnerschaft durchsetzen wollte, hängt auch mit dieser relativen Stärke der Arbeiter*innenklasse zusammen. Schon nach dem 1. Weltkrieg, als es in weiten Teilen Europas zu revolutionärer Initiative der Massen kam, spielte die Sozialdemokratie eine desaströse Rolle. Als Arbeiter*innen 1945 wieder begannen, das öffentliche Leben zu verwalten und kontrollieren, erstickte die SPÖ die Bewegung mit aller Kraft. 1950 ließ sie es gar nicht so weit kommen.

Der Ausbruch der Streiks begann am 25. September in der VÖEST (später VOEST),

In den darauffolgenden Tagen breitete sich die Bewegung in andere Teile Österreichs aus, insbesondere in die östlichen und steirischen Industriegebiete. Die Streiks nahmen einen enorm radikalen und schlagkräftigen Charakter an: In Wien und Niederösterreich kam es während der Bewegung zu Besetzungen von Bahnhöfen, Postämtern, Straßen und Gleisen. Doch die Dynamik wurde unter anderem durch die Rolle der KPÖ abgebremst. Der Beschluss der KPÖ-Führung, den Streik drei Tage lang zu unterbrechen, bremste die Bewegung. Die Atempause wurde von Regierung und ÖGB-Führung genutzt, um den Mythos vom Umsturzversuch durch die KPÖ zu etablieren und damit die Legitimation für die Niederschlagung vorzubereiten. Entgegen der Darstellung des Putsch-Mythos hatte die KPÖ von Anfang an eine widersprüchliche Position gegenüber der Streikbewegung. Verflochten mit der sowjetischen Bürokratie hatte die KPÖ generell kein Interesse daran, Österreich durch eine wirklich revolutionäre Bewegung



der Arbeiter*innenklasse zu destabilisieren und wollte aber gleichzeitig Verbesserungen durchsetzen. 1950 zeigte sich auch, dass es der KPÖ nicht um den Kampf um Sozialismus ging – eine Folge ihrer Volksfrontpolitik im Widerstand gegen den Faschismus, wo sie das Bündnis mit bürgerlichen Antifaschist*innen suchte und dafür die Kritik am Kapitalismus zurückstellte.

...und das Festschreiben der Sozialpartnerschaft.

Die Ziele der Proteste hatten potentielle Sprengkraft: Die Lohn-Preis-Abkommen zu Fall zu bringen, die Forderung nach Rücknahme der Preissteigerungen oder Verdopplung der Löhne und sofortigem Preisstopp. All das forderte die Große Koalition aus ÖVP und SPÖ wie auch die ÖGB-Führung massiv heraus. Es ging also nicht nur um eine rein ökonomische Frage, sondern auch um die Frage der Machtverhältnisse im Land und der Rolle der Gewerkschaftsführung.

Mit dem gescheiterten Versuch eines Generalstreiks Anfang Oktober setzte der Anfang vom Ende der Streikbewegung ein. Die sozialdemokratische Bau-Holz-Gewerkschaft und ihr Vorsitzender Olah organisierten maßgeblich die Niederschlagung der Streikenden durch Einsatzkommandos. Die US-Besatzungsmacht unterstützte sie finanziell, mit LKWs

und Kommunikationsmitteln.

Auch die öffentliche Propaganda gegen die „komunistischen Putschisten“ zeigte ihre Wirkung. Mit der Niederschlagung der Streiks und der Durchsetzung der Lohn-Preis-Abkommen ging eine Säuberung des ÖGB von kommunistischen und kämpferischen Mitgliedern einher. Tausende Gewerkschafts-

mitglieder wurden in Folge ausgeschlossen. Das Scheitern des Oktoberstreiks war auch der vorläufige Sieg angepasster, sozialdemokratischer Elemente im ÖGB und einer gewerkschaftlichen Strategie – der Sozialpartnerschaft –, welche Streiks als wichtigstes Kampfmittel der Arbeiter*innenklasse vollkommen fremd waren und sind. Ein Interesse an der Sozialpartnerschaft hatten und haben sowohl die Kapitalist*innen, um die Arbeiter*innenklasse und -bewegung unter eine gewisse Kontrolle zu bekommen, als auch Reformismus und Sozialdemokratie, die den Kampf um Sozialismus aufgegeben haben und selbst materiell von diesem System profitieren bzw. hoffen zu profitieren.

Die Ideologie und die Institutionalisierung der Sozialpartnerschaft ist eine der größten Hemmnisse für den Wiederaufbau einer starken Arbeiter*innenbewegung heute. Sie hat zur Folge,

dass der ÖGB und die Teilgewerkschaften nicht einmal ansatzweise dagegen kämpfen, dass die Krisenkosten auf dem Rücken der Arbeiter*innenklasse ausgetragen werden sollen. Dabei ist die Sozialpartnerschaft als naturgemäß widersprüchliches Bündnis zwischen der „Arbeiter*innen-vertretung“ und Kapitalist*innen nicht nur ein österreichisches Phänomen: In sehr vielen Ländern hat sich eine ähnliche Gewerkschaftspolitik und -bürokratie herausgebildet, die auf Zusammenarbeit mit den Herrschenden statt auf Kampfmaßnahmen setzt.

Wir befinden uns in einer der tiefsten Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Gerade in einer solchen Krise gibt es keinen ökonomischen Spielraum mehr für die Sozialpartnerschaft. Immer schlechtere Kollektivvertragsabschlüsse, Nulllohnrunden und eine ausbleibende Mobilisierung der Arbeiter*innenschaft zeigen, dass mit dieser Gewerkschaftsführung nichts zu gewinnen ist. Schon jetzt hat die Corona-Krise zu massivem Stellenabbau und Betriebsschließungen geführt. Hohe Arbeitslosigkeit, Kürzungspolitik und weitere soziale Verwerfungen stehen uns bevor. Die einzige Kraft, die wirksam dagegen ankämpfen kann – mit Arbeitskämpfen, Streiks und wenn nötig Fabrikbesetzungen oder –übernahmen – ist die Arbeiter*innenklasse. Dafür müssen wir an die kämpferischen Traditionen von 1950 anknüpfen.

Sarah Moayeri



Marx aktuell

Spricht man mit Arbeiter*innen über die Gewerkschaftsführung, wird diese oft – und oft zu Recht – als „die da oben“, die es sich selbst irgendwie richten und die Beschäftigten verkaufen, angesehen. Doch warum verhält sich die Gewerkschaftsführung so wie sie es tut? Anstatt Charakterschwäche einzelner stellt das Arrangieren der Gewerkschaften mit dem kapitalistischen System das Hauptproblem dar. Gewerkschaften stehen in unmittelbaren betrieblichen Auseinandersetzungen – sei es um Löhne, Arbeitszeit, oder Arbeitsbedingungen und vor dem Hintergrund der Krise auch gegen Arbeitsplatzabbau und andere Verschlechterungen. Hierbei liegt aber auch das Problem, welches Gewerkschaften haben: Sie kämpfen unmittelbar für Verbesserungen innerhalb des Systems. Ohne tiefer gehende Analyse des Kapitalismus und Perspektive außerhalb desselben, bleibt aber

Die Krux mit der Gewerkschaftsführung

nur die Illusion, die Probleme von Arbeiter*innen könnten im Kapitalismus gelöst werden. Die sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaften Österreichs stellen hierfür ein gutes Beispiel dar, die schon mit Ende des 19. Jahrhunderts dem Kurs der Sozialdemokratie folgten und immer stärker auf Reformen setzten, den Kapitalismus aber zunächst de facto und später auch offiziell verteidigten (was sich in der Begeisterung für „Keynesianismus“ ausdrückt).

Diese Ideologie hatte in einer Schicht materiell begünstigter Funktionär*innen, welche persönlich kein Interesse an der Überwindung des Systems mehr hatten, auch eine sehr materielle Basis. Nach 1945 verschrieben sich SPÖ und ÖGB dem Wiederaufbau des Kapitalismus. Gewerkschaftsführer*innen verstehen sich bis heute als Vermittler*innen zwischen Unternehmen und Arbeiter*innen. Letztere wurden so ihrer Kampforgанизationen beraubt und sollten durch Krümel abgespeist werden.

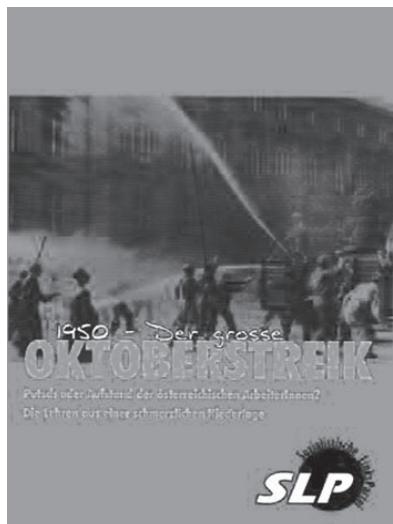
Mit einer derartigen Politik geraten Gewerkschaften in einen Widerspruch: Verbesserungen sollen in einem Wirtschaftssystem aufrechterhalten werden, welches sie aufgrund der Profitlogik nicht dauerhaft dulden kann. Wer in der Logik des Kapitalismus denkt und agiert, landet letztlich bei „Sachzwängen“, „Standortlogik“ und stimmt Verschlechterungen zu. Dass sich Beschäftigte deswegen unabhängig von der Gewerkschaftsführung und teilweise sogar unabhängig von den Gewerkschaften organisieren, ist verständlich und begrüßenswert. Doch wäre es ein Fehler, den Gewerkschaften komplett den Rücken zu kehren. Die von Lenin in „Der Linke Radikalismus“ verwendete Formulierung: „Die Gewerkschaften ... sind aber gerade Organisationen, die Massen erfassen“ ist nach wie vor gültig. Sozialist*innen müssen dies aufgreifen und dürfen die Gewerkschaften und ihre Mitglieder nicht der Gewerkschaftsbürokratie überlassen, sondern müssen diese wieder zum Kampfmittel der Arbeiter*innenklasse machen. Kämpferische und demokratische Gewerkschaften müssen letztlich auch betriebliche Forderungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft verbinden.

Lukas Kastner

Zum Weiterlesen

Wladimir Iljitsch Lenin:

Der „Linke Radikalismus“ –
Die Kinderkrankheit im Kommunismus
Sämtliche Werke,
Bd. XXV, S. 201 – 307



Dieser "war der Höhe- und Endpunkt des Widerstandes gegen eine Entwicklung die sich nach 1945 "viele ganz anders vorgestellt hatten" - schreibt [der ÖGB-Historiker] Fritz Klenner. [Der Historiker Fritz] Weber fügte hinzu: "nämlich sozialistisch". Bis 1950 stand eben nicht nur die Frage nach Verteilungsgerechtigkeit, sondern auch einer alternativen Gesellschaftsform zum Kapitalismus auf der Tagesordnung"

(SLP-Broschüre "1950 - Der Große Oktoberstreik", 2000, S.14).

Das Erbe von 1950 endlich abschütteln

In Österreich gibt es aktuell keine ausgeprägte Streikkultur. Die Gründe dafür sind aber nicht bei den Beschäftigten zu suchen. Vielmehr ist der Mythos von den „friedlichen Arbeiter*innen“ Resultat anti-revolutionärer und Kapitalismus-stützender Gewerkschaftspolitik von oben. Die Niederschlagung des Oktoberstreiks nimmt in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle ein.

chischen Arbeiter*innen-Bewegung: 1848 im Kampf um demokratische Rechte, 1918 für eine sozialistische Republik, 1927-1934 gegen den Faschismus, und 1950 im Oktoberstreik gegen das 4. Lohnpreisabkommen. Auch die „wilden“ – also vom ÖGB nicht unterstützten – Streiks, besonders in den 1970ern, zeugen vom Willen zum Widerstand der Basis, welche sich immer wieder ge-

ÖGB als kapitalistische Gewerkschaft des Interessenausgleichs zu zementieren. Und dazu war jedes Mittel recht. Der SPÖ-Gewerkschafter Franz Olah (GBH) war der extremste Ausdruck dieser Politik: Nicht nur organisierte er die Schlägertrupps gegen streikende Arbeiter*innen. Er veruntreute auch noch Gewerkschaftsgelder und versorgte damit die FPÖ und die neu gegründete Kronen Zeitung.

hung“ der Arbeiter*innen zur Passivität.

Diese von oben erzwungene Passivität hatte und hat natürlich Auswirkungen auf das Bewusstsein der Arbeiter*innen-Klasse. Seit einigen Jahren bewegt sich jedoch wieder mehr, es wird häufiger gestreikt, auch wenn es bisher meist bei symbolischen Dampfablass-Aktionen geblieben ist. „Streik“ hat seinen Charakter als gewerkschaftliches „Schimpfwort“ großteils verloren.

Der Aufholbedarf ist aber enorm, es fehlt massiv an Streik-Erfahrung, sowohl bei der Gewerkschaftsführung als auch bei den Beschäftigten. Dies wird besonders im internationalen Vergleich deutlich: Laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (2017)

gab es 2007-16 in Frankreich durchschnittlich 123 Streiktage pro 1.000 Beschäftigte/Jahr, in Österreich waren es lediglich 2. Auch der letzte österreichweite Streik liegt bald 20 Jahre zurück; dieser war 2003 gegen die Pensionsreform, blieb jedoch – nicht zuletzt, weil die Gewerkschaft klein beigab – weit hinter seinen Möglichkeiten zurück.

Wir brauchen also dringend eine kämpferische Gewerkschaftsopposition,

Die Arbeiter*innen in Österreich sind nicht braver als anderswo – aber Traditionen sind verschüttet.

Während es in den 1950er und 60er Jahren noch etwa 50-100 Streiks pro Jahr gab, nahmen diese in den Folgejahren zunehmend ab; in den 1990er Jahren gab es dann einige Jahre ohne einen einzigen Streik. Diese Entwicklung war das Ergebnis der Durchsetzung der Sozialpartnerschaft durch ÖGB und SPÖ mit all ihren Folgen. Das dadurch geschaffene Bild von der angeblichen „Streikfaulheit“ der Beschäftigten dient bis heute als Rechtfertigung für konsensorientierte Gewerkschaftspolitik und übertönt zudem die durchaus kämpferischen Traditionen der österrei-

gen den Wunsch nach sozialpartnerschaftlicher Ordnung des ÖGB wehrte. Die relative Passivität der österreichischen Arbeiter*innen-Bewegung ist also kein Naturzustand, sondern wurde von oben durchgesetzt, zum Teil auch mit Gewalt wie im Fall des Oktoberstreiks. Fritz Klenner, „Erfinder“ der Putschlüge, gab 30 Jahre nach dem Oktoberstreik zu, dass es nicht ein kommunistischer Putsch war, vor dem sich die ÖGB-Führung fürchtete. Das eigentliche Ziel war, eine alternative – kämpferische – Gewerkschaftspolitik mit allen Mitteln zu verhindern und die Rolle des

um zu verhindern, dass die Folgen der Wirtschafts- und der Corona-Krise auf unser aller Rücken ausgetragen werden. Daher braucht es einen offensiven Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie, denn diese ist nicht nur ein Hindernis für klassenkämpferische Politik (hallo Metaller-Abschluss), sondern häufig sogar aktiver Gegner davon. Viele Beispiele, wie z.B. das Abwürgen der Streikbewegung im Sozial- und Gesundheitsbereich Anfang dieses Jahres, zeigen das. Viele sind von der katastrophalen Politik des ÖGB zu Recht enttäuscht und treten aus oder gar nicht erst ein. Gerade deshalb ist es aber besonders wichtig, kämpferische Kolleg*innen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften zusammenzubringen.

Basisinitiativen wie Wir sind sozial aber nicht blöd und Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit sind gute Beispiele dafür, wie der Aufbau von kämpferischen Strukturen sowohl inner- als auch außerhalb der Gewerkschaften funktionieren kann. Und diese Strukturen sowie die Kämpfe, die sie führen sind zentral für den Aufbau einer neuen Arbeiter*innenpartei mit sozialistischem Programm!

Philipp Chmel

Studium für alle!

Das neue online Semester hat begonnen. Wir haben gesehen, dass es unzählige Probleme mit der Umstellung auf Online-Learning (OL) gab. Machen wir ein Gedankenspiel: Welche Möglichkeiten gäbe es für OL im Sozialismus? OL gäbe es nicht nur in Krisenzeiten, es wäre zentraler Bestandteil des Bildungssystems. Wenn das Studium online absolviert werden kann, bietet das die Möglichkeit für viel mehr Menschen, sich einem Studium zu widmen und sich fortzubilden. Man könnte Universitäten für alle Menschen öffnen. Gerade bei Theorie-Vorlesungen gibt es oft keinen Grund, warum diese nicht als Aufnahmen online und dauerhaft verfügbar sein sollten. Zu den Übungen können genauso online Videos angeboten werden.

Natürlich kann nie alles online abgehalten werden. Es gibt immer Kurse, wo Praxis benötigt wird. Dennoch kann zumindest ein Studium-light online angeboten werden. Viele Hürden für ein Studium würden wegfallen. Es gäbe keinen Grund mehr für eine Beschränkung der Teilnehmer*innenzahl. Online ist genug Platz für Alle. Durch die Aufnahmen können es sich werktätige Menschen einrichten, wann sie welche Vorlesung besuchen.

Peter Hauer

Und die meisten Prüfungen könnten genauso online absolviert werden. Und dies zusätzlich zu einer massiven Arbeitszeitreduktion, wodurch die Menschen mehr Freizeit haben werden. Man könnte Satelliten-Campusse in jeder kleinen Stadt aufbauen, wo die Veranstaltungen vor Ort gestreamt werden, wobei auch Lehrpersonal zur Verfügung stehen könnte. Wieso sollte es nicht in jeder Stadt ein Institut für Höhere Bildung geben?

Dadurch, dass man die Bildung wesentlich mehr Menschen verfügbar macht, wird sich das in der Gesellschaft positiv widerspiegeln. Es wird keine Trennung mehr zwischen „Forschenden“ und „Arbeitenden“ geben. Jede Person hat die Möglichkeit am Fortschritt der Gesellschaft mitzuwirken. Dadurch, dass es keine Schranken mehr für das Studium gibt, durchdringt die Innovation auch Bereiche, die im Normalfall (noch) nicht so technologisiert sind; wie z.B. die Landwirtschaft. Durch die hohe Zugänglichkeit von Bildung würde der gesellschaftliche Wohlstand immer mehr und belastende Arbeit immer weniger. Deshalb Bildung für alle, nicht nur für die wirtschaftliche Elite im Kapitalismus!

Peter Hauer

„Die Coronakrise hat die Superreichen rund um den Globus noch reicher gemacht.“ schreibt das Deutsche Handelsblatt. Auch in Österreich schaut die Regierung v.a. darauf, dass die Elite nicht zu kurz kommt. Organisationen wie die SLP werden angesichts von Krise, Arbeitslosigkeit und Demokratieabbau immer wichtiger. Doch ein Teil unserer normalen Arbeit ist wegen Corona nicht möglich. Wir sind



Belarus: Aktive Jugend

Jede Woche strömen in Belarus Tausende auf die Straße, um gegen das Regime von Lukashenko zu

lität erreichten die Proteste durch die Solidarisierung der Studierenden mit streikenden Arbeiter*innen.

Eine gemeinsame Front von Arbeiter*innen und Jugend ist nötig, um Lukashenko zu stürzen.

demonstrieren. Eine große Rolle dabei spielt die Jugend. Insbesondere seit Semesteranfang vernetzen sich Studierende eng und helfen dabei mit, die Demonstrationen zu organisieren. In den Wohnvierteln bilden Jugendliche Selbstverteidigungsgruppen um die Demonstrationen gegen die brutale Polizeigewalt zu schützen. Eine neue Qua-

Neben den Demonstrationen findet vieles auf Grund von Repression und Corona online statt. In Belarus kommt erschwerend hinzu, dass Arbeiter*innen oft keinen Internetzugang haben. Viele haben daher gar nichts von den Solidaritätsaktionen der Studierenden mitbekommen. Der nächste Schritt wird sein, Jugend und Arbeiter*innen zusammen-

Nicolas Prettner

Weil Sozialismus nicht umsonst ist...

aber weiter aktiv, wir analysieren, wir diskutieren, wir organisieren. Natürlich sehen wir keinen Cent von Unternehmen oder Regierungen. Unsere Arbeit wird durch Mitglieder und Unterstützer*innen finanziert.

Wir bitten dich daher, eine Corona-Überbrückungsspende für sozialistische Arbeit einzurichten. Einmal oder auch als wöchentlicher oder monatlicher Dauerauftrag von 100€,

50€, 20€, 10€, 5€ oder auch 2€ können uns helfen, unsere laufenden Fixkosten zu bezahlen und sicherzustellen, dass wir den notwendigen Widerstand gegen die Angriffe auf die Rechte von Beschäftigten, die Rechte von Arbeitslosen und auf die demokratischen Rechte organisieren können.

Danke!

Unser Konto IBAN:

AT25600000008812733

BIC: OPSKATWW

Kopf des Monats



ÖGB-Chef Wolfgang Katzian planlos: Bundeskanzler Kurz lud zum Gespräch mit den „Sozialpartnern“. Man will den ÖGB via Homeoffice-Gesetz einspannen und weiter Arbeitszeitbedingungen verschlechtern (Nachtruhe). Katzian ist plan- und hilflos. Laut APA sagt er zur Gesamtsituation: „Diese Verteilungsdebatte werden wir bekommen, aber es ist noch zu früh.“



Belgien: Keine Gewinne auf Kosten unserer Leben

Am 13.9. nahmen in Brüssel mehr als 7.000 Menschen an einem Protest teil, der vom Aktivist*innennetzwerk „La santé en lutte“ (Gesundheit im Kampf) initiiert wurde. Es ging um die Arbeitsbedingungen im Gesundheitsbereich, die unter der Pandemie noch schlechter geworden sind. Diese Initiative entstand aus Aktionen in Spitäler, sowohl im öffentlichen,

zur Demonstration am 13.9. aufrufen, wenn auch ihre Mobilisierung zu wünschen übrigließ.

Karim Brikci ist Krankenträger im Spital, Vertreter der sozialdemokratischen Gewerkschaft in seinem Spital und einer der Koordinatoren von La santé en lutte (Gesundheit im Kampf). Er ist Mitglied der belgischen Schwesterpartei der SLP, Linkse So-

tersagen. Ein Brief, der von über 1.000 Beschäftigten aus dem Gesundheitsbereich unterzeichnet wurde, baute aber innerhalb weniger Tage Druck auf die Verantwortlichen aus, so dass die Demonstration unter Einhaltung von Sicherheitsmaßnahmen durchgeführt werden konnte. In Blocks zu je 400 Personen protestierten Beschäftigte aus dem Ge-

Milliarde. Ein Erfolg, aber in Anbetracht der vorangegangenen Kürzungen zu wenig!

Anlass für die Proteste waren auch die Pläne der flämischen Regierung, die plant, Personal auszugliedern und die Jobs zu prekarisieren. (Kommentar der Übersetzung: Wir erinnern uns an die Ausgliederung der Reinigungskräfte bei der Caritas in Österreich, die mit u.a. massiven Gehaltseinbußen für die betroffenen Kolleg*innen einherging).

Die Basisinitiative La santé en lutte erreichte während des Lockdowns global Aufmerksamkeit für dieses Thema: Als im Mai die belgische Premierministerin ein Krankenhaus besuchte, drehten ihr die Beschäftigten demonstrativ den Rücken zu. Diese Aktion zwang die Regierung dazu, zwei angekündigte Verordnungen, die die Arbeitsbedingungen der Kolleg*innen weiter drastisch verschlechtert hätten, zurückzuziehen. Diese Dekrete hätten einerseits zur Folge gehabt, dass medizinisches Personal bei Engpässen jederzeit zur Arbeit gezwungen werden kann - unter Androhung von Geld- und sogar Haftstrafen. Andererseits war geplant, Auf-

gaben an nicht qualifizierte Berufsgruppen auszulagern.

La santé en lutte tritt für den Stopp der Kommerzialisierung ein, damit zu pflegende Menschen nicht fließbandmäßig versorgt werden. Weitere Forderungen sind eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich, ein Ende der Verwaltung, die Beschäftigte und Patient*innen nur als Zahlen und Statistiken sieht, die Senkung des Pensionsantrittsalters und Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung für alle, unabhängig ihrer Herkunft.

Die Demonstration vom 13.9. ist erst der Beginn dessen, was nötig sein wird, um einerseits die Angriffe des Kapitals, das uns für die Wirtschafts-, Gesundheits- und Klimakrise zahlen lassen will, zurückzuschlagen und andererseits in die Offensive zu gehen und auf allen Ebenen einen sozialistischen Wandel zu erkämpfen. Besonders die letzten Monate haben gezeigt, wer die Welt am Laufen hält. Nicht die, die die Gewinne einstreichen, sondern wir Beschäftigten

In Brüssel demonstrierten Beschäftigte für bessere Arbeitsbedingungen im Gesundheitsbereich.

als auch im gemeinnützigen Sektor und organisiert Beschäftigte in- und außerhalb der Gewerkschaften sowie gewerkschaftsübergreifend. Dabei gelang es La santé en lutte, Betriebsräte*innen aus unterschiedlichen Sektoren des Gesundheitsbereichs, Beschäftigte, unter anderem Pflegekräfte, Hebammen, Ärzt*innen, Reinigungspersonal, Techniker*innen, Laborangestellte, Sanitäter*innen, Fachkräfte der häuslichen Pflege und Patient*innen zu erreichen und unter der Führung der kämpferischsten Schichten zusammenzubringen. Auf Druck aus dieser Basisstruktur musste auch die Gewerkschaftsführung

cialistische Partij (LSP)/Parti Socialiste de Lutte (PSL) und war auch einer der Koordinatoren der Demonstration am 13.9.. Für LSP/PSL hat diese Mobilisierung enorme Bedeutung und sie hat auch mit ihrer sozialistisch-feministischen Kampagne ROSA und der sozialistischen Studierendenorganisation ALS aktiv für die Großdemonstration mobilisiert. Z.B. bei den Streikposten einer Pflegeeinrichtung in Lüttich, wo es einen großen Corona-Ausbruch gab und Beschäftigte tagelang für sichere Arbeitsbedingungen streikten.

Die Behörden, allen voran der sozialdemokratische Bürgermeister Brüssels, wollten den Protest wegen Corona zuerst un-

sundheitsbereich: Die Frage von zu niedrigen Gehältern, schlechten Arbeitsbedingungen und steigender psychischer Belastung ist wenig überraschend auch in Belgien präsent.

Die Demonstration fand vor dem Hintergrund der tiefsten Wirtschaftskrise seit 100 Jahren statt. Es wird versucht, diese Krise auf die Beschäftigten abzuwälzen und die bereits schlechten Arbeitsbedingungen nochmals zu verschärfen. Aber nicht erst seit Corona ist der Gesundheitsbereich chronisch unterfinanziert. Die letzten 5 Jahre wurden in Belgien 2,3 Milliarden Euro im Gesundheitsbereich eingespart. Nach der Demonstration versprach die Regierung eine zusätzliche

Seattle: Kapital vs. Sozialistin

Die sozialistische Stadtratsabgeordnete von Seattle, Kshama Sawant, ist ein Dorn im Auge der Reichen und Mächtigen der Stadt. Denn als revolutionäre Politikerin sieht sie ihr Amt nicht als Selbstzweck: Sie behält vom Abgeordnetenanteil nur soviel wie ein durchschnittliches Arbeiter*innen-einkommen und hilft beim Aufbau von kämpferischen Kampagnen mit Gewerkschäften und Communities, um Fortschritte für die Arbeiter*innen der Stadt durchzusetzen. Mit dieser Taktik konnten in Seattle ein Mindestlohn von 15 \$ pro Stunde und eine Besteuerung von Großunternehmen zur Finanzierung von sozialem Wohnbau erkämpft werden. Nun haben sich die Großkapitalist*innen der Stadt, darunter der Trump-Unterstützer und Immobilienmilliardär Martin Selig und die demokratische Bürgermeisterin Durkan zusammen geschlossen, um in Sawants Wahlbezirk eine Neuwahl durch einen „Recall“ zu erzwingen. Hinter den Kulissen wirkt auch der Boss von Amazon Jeff Bezos mit. Der Krisengewinner, dessen Vermögen seit Beginn der Pandemie um dutzende Milliarden wuchs und der seine Beschäftigten wie Sklav*innen behandelt,

will Rache für die Besteuerung von Großunternehmen. Denn diese trifft vor allem die Firmenzentrale von Amazon in Seattle. Bei einem Recall müssen vor Gericht Gesetzesübertretungen der Abgeordneten festgestellt werden. Die Reichen werfen Sawant vor, sie habe in der Stadthalle von Seattle an einer „illegalen“ Black-Lives-Matter-Demonstration teilgenommen, nütze ihr Büro für sozialistische Organisationen und hätte Gelder für eine Kampagne zur Besteuerung Amazons verwendet. Da ein Gericht diese Begründungen tatsächlich zuließ, müssen wir Sozialist*innen wohl schuldig sein. Wir sind schuldig daran, dass wir nicht zusehen, wie diskriminierten Minderheiten das Demonstrationsrecht genommen wird. Wir sind schuldig daran, uns als arbeitende Menschen im Interesse aller arbeitenden Menschen in sozialistischen Organisationen selbst politisch zu betätigen. Wir sind auch schuldig, Jeff Bezos den höchstmöglichen Steuersatz zu wünschen. Und wir sind stolz darauf! Der Gerichtsentscheid zum Recall beweist ein weiteres Mal: Vor dem Gesetz sind alle gleich, doch wer genug Geld hat, ist wohl doch gleicher als die Anderen.



USA: Undemokratisches Höchstgericht

Mit dem Tod der liberalen Ruth Bader Ginsburg (RBG) droht den USA eine Jahrzehntelange reaktionäre Mehrheit im

Neun auf Lebenszeit ernannte Personen, die keiner demokratischen Kontrolle mehr unterstehen, erhält

Trump versucht die Mehrheit der extremen Rechten im obersten Gerichtshof auf Jahrzehnte zu sichern.

Obersten Gerichtshof. Donald Trump setzt alles – auch mit Blick auf Rechtsstreitigkeiten über das Präsidentschaftswahlergebnis – auf die schnelle Ernennung der erzkonservativen Richterin Amy Coney Barrett.

Hier wird eine explosive Mischung geschaffen, denn der amerikanische Supreme Court ist ebenso mächtig wie undemokratisch.

ten weitreichende Entscheidungskompetenzen, welche von gewerkschaftlichen über LGBTQ+ bis zu Wahl- und Frauenrechten reichen. Während die Bevölkerung in den USA sich angesichts stark wachsender sozialistischer, feministischer und antirassistischer Bewegungen stark nach links bewegt, wird das Höchstgericht ultrakonservativ.

Dies zeigt den undemokratischen Charakter des Kapitalismus und seiner bürgerlichen Staaten. Denn die Stimmen von Arbeiter*innenklasse, Armen bzw. ethnischen Minderheiten, sind stark unterrepräsentiert und oft aus demokratischen Prozessen ausgeschlossen. Die US-Schwesternorganisation der SLP, Socialist Alternative, steht für eine echte sozialistische Demokratie, in der nicht nur alle Staatsbeamten inklusive Richter*innen wähl- und abwählbar sind, sondern demokratische Prozesse auch auf die Wirtschaft ausgeweitet werden.

Mehr dazu unter
www.socialistalternative.org
Manuel Schwaiger

Nachrichten aus der ISA (International Socialist Alternative)

Griechenland: Fascho-Verbot

Am 18.9., dem Jahrestag der Ermordung des antifaschistischen Sängers Pavlos Fyssas durch Faschisten der „Goldenen Morgenröte“ 2013, kam es in ganz Griechenland zu antifaschistischen Protesten. Bei Athen demonstrierten trotz Corona-Einschränkungen 7.000, angeführt von Pavlos' Mutter. In Thessaloniki waren es 2.500, Xekíni-ma (ISA Griechenland) mobilisierte 200 Personen zu Demonstrationen in Athen und Thessaloniki.

Der Prozess begann vor mittlerweile über fünf Feinhalb Jahren. Am 7.10. wurde die „Goldene Morgenröte“ als Kriminelle Organisation eingestuft, die Mörder zu Freiheitsstrafen verurteilt. Das ist das Ergebnis einer langen antifaschistischen Kampagne, an der auch Xekíni-ma beteiligt war. Gleichzeitig ging die Polizei scharf gegen antifaschistische Demonstrationen vor.

net.xekinima.org

Nigeria

Am 10.9. wurden 18 Aktivist*innen in Nigeria verhaftet, darunter Mitglieder der Bewegung für eine Sozialistische Alternative (ISA Nigeria). Sie hatten gegen die Erhöhung der Benzin- und Strompreise protestiert, die Verbraucher*innen stark trifft. ISA Nigeria setzte sich für den 48-stündigen Generalstreik am 28.9. ein, der von der Gewerkschaftsführung aber abgesagt wurde.

socialistmovementng.org

Schweden: Räumungsstop

Die Geschwister Elias Mohamed Omar (26) und Dhabo-Keyf (20) können dank der Arbeit von Rättvisepartiet Socialisterna – Sozialistische Gerechtigkeitspartei RS (ISA Schweden) – noch immer in ihrer Wohnung in Göteborg leben. Ihre Mutter war im Frühjahr nach England gereist, um ihre Familie zu besuchen, und starb an SARS-CoV-2.

Da der Mietvertrag auf ihren Namen abgeschlossen war, wurde den Ge-

schwistern die Wohnung zu Ende August gekündigt. Aktivist*innen von RS organisierten Proteste gegen die Räumung. Die RS ist in vielen Mieter*innenkämpfen aktiv und als kämpferisch bekannt.

Nach mehreren Monaten musste der Vermieter einlenken und die Geschwister können weiterhin in dem Haus wohnen. „Wir verstehen, dass dies ohne die Hilfe von RS nie möglich gewesen wäre“, sagte Elias.

www.socialisterna.org



Gewalt an Frauen hat System

Bis jetzt gab es 2020 in Österreich 19 Frauenmorde. Durch Corona hat Gewalt gegen Frauen zugenommen. Erst im September meldete die Regierung einen Anstieg von verhängten Annäherungs- und Betretungsverboten

spricht die unbezahlte Hausarbeit, die Frauen und Mädchen jeden Tag leisten, wenn sie nach jeweiligem Mindestlohn bezahlt würde, weltweit einer Summe von 11 Billionen US-Dollar/Jahr. Der Großteil sexualisierter Gewalt passiert im

zungen im Sozialsystem und bei Betreuungsangeboten, finanziellen Problemen und Perspektivlosigkeit steigt der Druck innerhalb von Familien und Partnerschaften, kombiniert mit reaktionären Rollenbildern erhöht das die

Polizist*innenfamilien häusliche Gewalt vor kommt).

Aber dieser systematische Sexismus trifft weltweit auf eine wachsende Schicht an Frauen und LGBTQ+-Personen, die ihn nicht mehr akzeptieren. Frauen stellen heute einen so großen Anteil der lohnabhängig Beschäftigten wie nie zuvor. Gerade durch Corona wird offensichtlich, dass Frauen die überwältigende Mehrheit in "system-relevanten" Berufen stellen. Das trägt auch zu steigendem Selbstvertrauen und wachsender Zurückweisung jeglichen Sexismus bei. Weltweit haben wir in den letzten Jahren die Entwicklung einer beeindruckenden feministischen Bewegung gesehen, in deren Zentrum auch der Kampf gegen sexualisierte Gewalt steht: #Metoo, "ni una menos" und feministische Streiks in Spanien, der Schweiz etc. Auch in Ländern, in denen es keine verallgemeinerte Bewegung gibt, verändert sich das Bewusstsein.

Familien- oder Bekanntenkreis. Durch Politik, Medien und Gesellschaft wird auch heute noch ein Familienbild vermittelt, bei dem Männern beigebracht wird, der "Mann im Haus" sein zu müssen und dement sprechend ihre Partnerin zu kontrollieren. Gerade während Corona wurden diese Rollenbilder gestärkt. Dazu kommt, dass durch Sexismus in den Medien und durch eine milliarden schwere Sexindustrie, die Vorstellung verstärkt wird, dass Männer über Frauen "verfügen" können. Diese reaktionären Rollen- und Familienbilder bilden die Grundlage für Gewalt.

Gefahr für Gewalttätigkeiten. Zusätzlich verstärken wachsende Ungleichheit und Wirtschaftskrisen die wirtschaftliche Abhängigkeit und machen eine Trennung schwieriger.

Die Justiz im Kapitalismus schützt Opfer von Gewalt nicht und verschafft keine Gerechtigkeit: Nicht einmal 1 von 10 Vergewaltigungen wird zur Anzeige gebracht, nur 13% aller Anzeigen enden mit einer Verurteilung, nur etwa 10% der Anzeigen bei häuslicher Gewalt führen zu Verurteilung, dazu kommt eine hohe Dunkelziffer. Nicht überraschend, sind doch die Organe des Staates selber von sexistischen Vorstellungen durchzogen: Gerade bei der Polizei finden sich reaktionäre Ideen (eine Statistik aus den USA zeigt, dassin 40% al-

brauchen wir einen gemeinsamen Kampf gegen die Reichen und Mächtigen - für höhere Löhne, leistbare Mieten, ausreichend Beratungsangebote und Plätze in Frauenhäusern, entsprechende Aufklärung und Schulung in Schulen und der gesamten Gesellschaft und viele andere Maßnahmen. Dieser Kampf muss ein zentraler Teil im Wiederaufbau der Arbeiter*innenbewegung sein. Aber obwohl wir die eine oder andere Verbesserung erkämpfen können, wird es sexualisierte Gewalt geben, solange der Kapitalismus existiert. Ein System, das auf Frauenunterdrückung aufbaut und, vor allem in Krisenzeiten, weltweit Ungleichheit, Gewalt und Unterdrückung produziert, wird unmöglich dazu in der Lage sein, Gewalt an Frauen und LGBTQ+-Personen zu beenden. Dafür braucht es einen Bruch mit diesem Profitsystem. Denn nur in einer sozialistischen Demokratie, in der die Arbeiter*innenklasse Wirtschaft und Gesellschaft kontrolliert, können wir die notwendigen Hebel in Bewegungen setzen, um die sozialen und gesellschaftlichen Grundlagen für Gewalt an Frauen endgültig zu beseitigen.

Christoph Glanninger

Sexismus und Gewalt an Frauen ist nicht importiert, sondern zentraler Bestandteil des Systems.

im Februar-April-Vergleich um 22 %. Die Dunkelziffer ist deutlich höher. In der gleichen Pressekonferenz versucht die Frauenministerin, Gewalt an Frauen auf ein „patriarchales Familienbild, das nach Österreich getragen wird“ zu schieben.

Ganz typisch für etablierte Parteien und Medien ist es, das Thema Gewalt an Frauen entweder als importiertes Problem darzustellen oder als „Familiendrama“ zu individualisieren. Selbst wenn etablierte Politiker*innen sich als „entschlossene Kämpfer*innen“ gegen sexualisierte Gewalt inszenieren, produziert ihre alltägliche Politik die Grundlage für diese.

Das kapitalistische System ist abhängig von der in Familien geleisteten unbezahlten Hausarbeit. Laut einer Oxfam-Studie ent-

Fünf Gründe, warum...

1 Die Pandemie ist eine Klassenfrage, und viele Menschen setzen sich im Job einer höheren Ansteckungsgefahr aus als ihre Bosse in Videokonferenzen. Masken und Handdesinfektion sind praktische Solidari-

und überall dort, wo viele Menschen zusammenkommen, Schutz und regelmäßige Tests für alle.

3 Gerade große Unternehmen produzieren oft, ohne Schutzmaßnahmen einzuhalten, was die Dauer der Pande-

tät mit Beschäftigten in Gesundheitsbereich, Öffis und Schulen.

2 Nicht primär Parteien führen zu Ansteckung: Viele können in Arbeit, Schule oder kleinen Wohnungen keine Abstände einhalten. Wir brauchen das Recht auf Maskenpause, kleinere Arbeits- und Lerngruppen

me verlängert. Diese Betriebe gehören in öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle, um nach (auch gesundheitlichen) Bedürfnissen statt für Profite zu wirtschaften.

4 Der Gesundheitsbereich ist unterfinanziert. Daher ist auch die WHO auf zweckgebundene, werbewirksa-

me Privatspenden angewiesen, unter anderem von Bill Gates. So werden Gesundheitssysteme in ärmeren Ländern nicht aufgebaut, sondern abhängig gemacht. Für ein ausfinanziertes unabhängiges Gesundheitssystem müssen Gates & Co. enteignet werden.

5 Die meisten Pharmaunternehmen gehören Investmentfirmen, denen egal ist, was produziert wird, solange das Unternehmen genug Profit macht. Das heißt aber nicht, dass Medikamente wie Impfstoffe unwirksam sind, sondern, dass diese Unternehmen wie die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge vergessenschaftet werden müssen. Dann gäbe es sichere Medikamente und Impfungen, kostenlos für alle.

Oliver Giel

... es anderen, nicht weniger Schutz gegen Corona braucht.

Sozialistische LinksPartei Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch

- bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitätern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.

- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechts-extreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschaftlerInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand

- und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnen-politik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu

- regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

Vor 100 Jahren...



1920 stimmten 59% für den Verleib Südkärntens bei Österreich. Das hat kaum mit Nationalismus zu tun: Die Hälfte der slowenischsprechenden Bevölkerungsmehrheit wählte v.a. ein Bündnis mit der österreichischen Arbeiter*innenklasse, die sich 1918 in Räten organisiert und demokratische und soziale Rechte erkämpft hatte – bessere Kampfvoraussetzungen als unter der SHS-Monarchie.

Im nächsten Jahrhundert werden slowenischsprechende Menschen marginalisiert, verfolgt und enteignet: Von Kündigungen im öffentlichen Dienst ab 1920 über Verschleppungen und Ermordungen in der Nazizeit bis zum SPÖ-Bürgermeister geführten Ortsstafelsturm 1972 und darüber hinaus.



Die Reichen werden reicher?! Nein Danke!

Tausende Jobs werden gestrichen. Die Arbeitslosigkeit steigt auf neue Re-

Wir können und wollen diese Krise nicht ausbaden!

kordwerte. Chancen auf einen Job sind gering. Die Unternehmen wollen die Kollektivvertragsrunde am liebsten absagen, die Gewerkschaft bittet darum, mitreden zu dürfen.

fen und stimmt mageren Abschlüssen zu. Die Folgen der Krise von 2007/8

sind noch nicht vorbei und schon wieder sollen wir – die ohnehin nicht viel haben – die Suppe auslöffeln, die uns andere – jene, die viel haben – eingebrockt haben.

Die Maßnahmen der Regierungen dienen v.a. dazu, das wirtschaftli-

che System zu stabilisieren. Auch wenn aktuell von dem vielen Geld auch ein bisschen bei uns landet, so wird doch weiter bei uns gekürzt. Ein Kahlschlag bei Sozialem

und Gesundheit ist zu befürchten.

Gleichzeitig zeigt Studie über Studie, dass die Reichen immer reicher werden. Absurd! Hier ist all das Geld, das wir so dringend brauchen. Niemand muss in Armut leben, es ist genug für alle da. Der Reichtum, den wir alle schaffen, ist unglaublich ungleich verteilt – holen wir uns das Geld bei den Reichen!

Termin

25.11.

Intern. Tag gegen Gewalt an Frauen

Aktionen und Veranstaltungen am 25.11. und davor. Inklusive einer Stadtführung zum Thema.

Infos unter www.slp.at und [FB/Nicht mit Mir.](#)

Treffpunkte

GRAZ

SLP-Ortsgruppe jeweils Donnerstag, 19⁰⁰ Uhr

LINZ

SLP-Ortsgruppe jeweils Mittwoch, 18³⁰ Uhr

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe jeweils Freitag, 19⁰⁰ Uhr

VÖCKLA BRUCK

SLP-Ortsgruppe jeden 2. Donnerstag,

WIEN

SLP Wien West jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr

SLP Brigittenau

jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr

Wegen Corona finden die Treffen sehr unterschiedlich statt, in den Lokalen, auf Zoom oder im Freien. Wir freuen uns auf Deine/Ihre Teilnahme.

Bitte vorher unter www.slp.at/kalender schauen, wo bzw. wie das Treffen stattfindet bzw. unter slp@slp.at die Einwahldaten für Online-Treffen erfragen.



Gibt es nicht aus Profitstreiben. Gibt es aus Überzeugung.

Jetzt abonnieren!

Normal-Abo € 24,-
Sozial-Abo € 14,-
(für Menschen ohne eigenen Einkommen)
All-Inclusive-Abo ab € 7,-/Monat

Zeitung und alle anderen Publikationen der SLP
Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 2560000000 00 8812733
BIC: OPSAUTWW



- > Berichte
- > Hintergründe
- > Analysen
- aus sozialistischer Sicht.

www.slp.at | slp@slp.at | [/slp.cwi](https://www.facebook.com/slp.cwi)

